

ARBEIT

BEWEGUNG

GESCHICHTE

ZEITSCHRIFT FÜR HISTORISCHE STUDIEN **2021/II**

Mit Beiträgen von

Marcel Bois, Jens Benicke,

Dimitrij Owetschkin, Gregor Kritidis,

Dennis Egginger-Gonzalez



METROPOL

ISSN: 2366-2387

Impressum

ISSN: 2366-2387 | ISBN: 978-3-86331-580-1

ISBN E-Book: 978-3-86331-581-8

Herausgeber:

© Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V., Weydingerstr. 14–16, D–10178 Berlin

Verlag:

Metropol Verlag, Ansbacher Str. 70, D–10777 Berlin, www.metropol-verlag.de, veitl@metropol-verlag.de

Redaktion: Riccardo Altieri, Eric Angermann, Fabian Bennewitz, Vera Bianchi, Sarah Binz, Dr. Holger Czitrich-Stahl, Minas Hilbig, Dr. Ralf Hoffrogge, Bernd Hüttner, Oliver Gaida (V.i.S.d.P.), Leonie Karwath, Dr. Dietmar Lange, Sarah Langwald, Robert Schmieder, Anja Thuns, Dr. Axel Weipert
Weydingerstraße 14–16, D–10178 Berlin, www.arbeit-bewegung-geschichte.de
redaktion@arbeit-bewegung-geschichte.de

Für Buchbesprechungen:

buchbesprechungen@arbeit-bewegung-geschichte.de

„Arbeit – Bewegung – Geschichte“ erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai, September) im Metropol Verlag Berlin im Gesamtumfang von ca. 600 Seiten.

Jahresabonnement 35,- € (Inland) bzw. 45,- € (Ausland), einschl. Porto; Einzelheftpreis 14,- €, zzgl. Porto.

Das Abonnement verlängert sich zu den jeweils geltenden Bedingungen um ein Jahr, wenn es nicht zwei Monate vor Jahresende schriftlich gekündigt wird.

Bestellungen, Vertrieb und Anzeigenannahme: Metropol-Verlag

Die in „Arbeit – Bewegung – Geschichte“ veröffentlichten Texte sind urheberrechtlich geschützt. Es erscheinen nur Beiträge, die nicht anderweitig zur Veröffentlichung angeboten wurden oder bereits publiziert sind (Druck und Internet). Wird ein Manuskript zur Publikation angenommen, gehen die Veröffentlichungsrechte an den Herausgeber, auch für eine Online-Publikation auf der Website der Zeitschrift.

Manuskripte (nur letzte Fassungen) können per E-Mail, vorzugsweise als Word-Datei, bei der Redaktion eingesandt werden. Beiträge sollten 50 000, Berichte 10 000 und Buchbesprechungen 8000 Zeichen nicht überschreiten (inkl. Fußnoten und Leerzeichen). Die Redaktionsrichtlinien sind auf unserer Website abrufbar. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Beiträge für die Zeitschrift werden nicht honoriert.

Hefte bis einschl. Jahrgang 2015 können – soweit noch vorhanden – über die Redaktion bestellt werden.

Satz: Metropol Verlag

Druck: buchdruckerei.de, Berlin

Unterstützendes Korrektorat:
Hildegard Fuhrmann, Sophie Schmäing

Redaktionsschluss: 1. 4. 2021

Inhalt

- 7 *Marcel Bois*: Räume politischer Willensbildung und performativer Selbstdarstellung. Sozialistische und kommunistische Parteitage in der Weimarer Republik
- 37 *Jens Benicke*: Die Klosterbrüder des Marxismus. Über die „Gruppe Internationale Kommunisten“ Holland
- 56 *Dimitrij Owetschkin*: Transparenz, Ideologie und Zeitgeist. Anmerkungen aus zeithistorischer Perspektive

Biografisches

- 72 *Dennis Egginger-Gonzalez*: Kellnerstochter, Widerstandskämpferin, Staatsgründerin: Gertrud Rosalie Auguste Marx, geborene Gessinger (1904–1989)
- 83 *Gregor Kritidis*: Zwischen Vergessen und verschämter Erinnerung. Leben und Werk des kommunistischen Arbeiterdichters Erich Weinert

Geschichtskultur

- 101 *Giovanna Gilges/Mareen Heying*: Gesellschaft für Sexarbeits- und Prostitutionsforschung e. V. (GSPF)
- 105 *Andrea Althaus/Birgit Heidtke/Rosemarie Schubert*: Femwerkstatt. Die Feministische Geschichtswerkstatt Freiburg
- 111 *Nikolaus Brauns*: Zwischen Forschung und Überwachung. Das Hans Litten Archiv

Interviews

- 116 *Vincent Streichhahn*: Keine reine „Frauensache“.
Interview mit Daria Dyakonova über die Protokolle der
Kommunistischen Fraueninternationale
- 131 *Leonie Karwath/Eric Angermann*: „Migration bedeutet Klassenkampf“.
Kanak Attak als Projekt der Geschichtsschreibung.
Interview mit Massimo Perinelli

Buchbesprechungen

- 144 Carl Levy/Matthew S. Adams (Hrsg.):
The Palgrave Handbook of Anarchism
(Dieter Nelles)
- 147 Paul Stephan: Links-Nietzscheanismus, Band 1:
Nietzsche selbst: Eine Einführung
(Ruedi Epple)
- 148 Horst Heimann/Hendrik Küpper/Klaus-Jürgen Scherer (Hrsg.):
Geistige Erneuerung links der Mitte. Der Demokratische
Sozialismus Eduard Bernsteins
(Michael Brie)
- 151 Julia Killet: Fiktion und Wirklichkeit: Die Darstellung
Rosa Luxemburgs in der biographischen und literarischen Prosa
(Eckhard Müller)
- 154 Horst Lademacher: Die Illusion vom Frieden.
Die zweite Internationale wider den Krieg 1889–1919
(Reiner Tosstorff)
- 156 Jörn Leonhard: Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt
1918–1923; Birte Förster: 1919. Ein Kontinent erfindet sich neu
(Reiner Tosstorff)
- 160 Reinhard Rürup: Revolution und Demokratiegründung.
Studien zur deutschen Geschichte 1918/19
(Holger Czitrich-Stahl)

- 163 Annette Meyer/Julia Schreiner (Hrsg.): Wissenschaft Macht Politik. Die Münchener Revolution und Räterepublik als Experimentierfeld gesellschaftspolitischer Theorien (Sebastian Klauke)
- 165 Wilfried Reininghaus (Bearb.): Der Arbeiteraufstand im Ruhrgebiet 1920. Quellenkritik und Edition der zeitgenössischen Darstellungen von Carl Brenner, Josef Ernst, Arthur Zickler, Gerhard Colm, Willi Cuno und Siegfried Schulz (Gerhard Weiß)
- 168 Ronald Friedmann (Hrsg.): Was wusste Thälmann? Unbekannte Dokumente zur Wittorf-Affäre (Marcel Bois)
- 171 Maximilian Graf/Sarah Knoll/Ina Markova/Karlo Ruzicic-Kessler: Franz Marek – Ein europäischer Marxist. Die Biografie (Thilo Scholle)
- 174 Manfred Mugrauer: Die Politik der KPÖ 1945–1955. Von der Regierungsbank in die innenpolitische Isolation (Simon Loidl)
- 177 Benedikt Brunner u. a. (Hrsg.): „Sagen, was ist“. Walter Dirks in den intellektuellen und politischen Konstellationen Deutschlands und Europas (Fabian Kuhn)
- 180 Clemens Gussone: Reden über Rechtsradikalismus. Nicht-staatliche Perspektiven zwischen Sicherheit und Freiheit (1951–1989) (Eric Angermann)
- 183 Jörg Hofmann/Christiane Benner (Hrsg.): Geschichte der IG Metall. Zur Entwicklung von Autonomie und Gestaltungskraft (Detlev Brunner)
- 186 Nina Kleinöder/Stefan Müller/Karsten Uhl (Hrsg.): „Humanisierung der Arbeit“. Aufbrüche und Konflikte in der rationalisierten Arbeitswelt des 20. Jahrhunderts; Arno Georg/Kerstin Guhlemann/Gerd Peter (Hrsg.): Humanisierung der Arbeit 4.0. Prävention und Demokratie in der digitalisierten Arbeitsgesellschaft (Christian Meyer)
- 192 Autor:innen
- 193 Wissenschaftlicher Beirat

Räume politischer Willensbildung und performativer Selbstdarstellung

Sozialistische und kommunistische Parteitage in der Weimarer Republik

Marcel Bois

Einleitung

Die kommunistische „Rote Fahne“ jubelte über die „Entscheidung in Halle“. Unterdessen bedauerte der sozialdemokratische „Vorwärts“ das „Ende der U.S.P.“.¹ Es gab wohl nur wenige Parteitage, die in der Weimarer Republik mehr öffentliche Aufmerksamkeit erfuhren als der Kongress der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) im Herbst 1920. Vom 12. bis zum 17. Oktober kamen 458 Delegierte in Halle an der Saale zusammen, um über die Zukunft ihrer Partei zu beraten. Die linkssozialistische USPD war erst im April 1917, also während des Ersten Weltkriegs, aus Protest gegen die „Burgfriedenspolitik“ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) entstanden und binnen kurzer Zeit zur Massenpartei herangewachsen.² Im Herbst 1920 hatte sie fast

- 1 Die Entscheidung in Halle, in: Rote Fahne, Nr. 210, 17. Oktober 1920, S. 1; Das Ende der U.S.P., in: Vorwärts, Nr. 514, 17. Oktober 1920 (Sonntagsausgabe), S. 1.
- 2 Siehe zur USPD: Hartfrid Krause: USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt a. M./Köln 1975. Kürzlich veröffentlichte Krause eine revidierte, erweiterte, aktualisierte und veränderte Version seiner Studie: Ders.: Die USPD 1917–1931. Spaltungen und Einheit, Münster 2021. Weitere Gesamtdarstellungen sind: Robert F. Wheeler: USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1975; Dieter Engelmann/Horst Naumann: Zwischen Spaltung und Vereinigung. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den Jahren 1917–1922, Berlin 1993; Andreas Braune/Mario Hesselbarth/Stefan Müller (Hrsg.): Die USPD zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus 1917–1922. Neue Wege zu Frieden, Demokratie und Sozialismus? Stuttgart 2018. Zur SPD siehe beispielsweise Heinrich Potthoff: Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, in: Ders./Susanne Miller: Kleine Geschichte der SPD 1848–2002, 8., aktualisierte und erw. Aufl., Bonn 2002, S. 15–172; Bernd Faulenbach: Geschichte der SPD. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 2012.

900 000 Mitglieder, bei der Reichstagswahl im Juni 1920 war sie mit 17,6 Prozent der Stimmen drittstärkste Kraft geworden.

Nun stand ein Beitritt zur 1919 gegründeten Kommunistischen Internationale (Komintern) zur Debatte. Der Komintern-Vorsitzende Grigori Sinowjew war extra aus Moskau angereist, um die Delegierten in Halle von diesem Schritt zu überzeugen. Auf dem Parteitag hielt er eine monumentale, vierstündige Rede auf Deutsch. Aber auch die Gegnerinnen und Gegner dieses Weges hatten einen prominenten Redner aus Sowjetrußland eingeladen, den führenden Menschewiken Julius Martow. Gesundheitlich angeschlagen, sprach dieser deutlich kürzer als Sinowjew. Zudem musste seine Rede übersetzt werden.³

Doch letztendlich gab die Performance der beiden prominenten Gastredner keinen großen Ausschlag. Die Mehrheitsverhältnisse standen schon im Vorfeld fest, waren die Delegierten doch aus ihren Parteigliederungen mit einem Mandat versehen worden, wie sie sich zur Frage des Komintern-Beitritts verhalten sollten. Entsprechend erwartbar fiel das Ergebnis aus: 236 Delegierte stimmten für den Beitritt zur Komintern, 156 dagegen.⁴ Die unterlegene Strömung erklärte daraufhin, die Mehrheit habe sich mit dieser Entscheidung de facto von der USPD getrennt. Sie verließ den Versammlungsort und tagte an einem anderen Ort weiter. Fortan existierten zwei Organisationen mit dem Namen USPD. Der linke, kominternfreundliche Flügel vereinigte sich jedoch bald mit der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD).⁵ Der rechte Parteiflügel schloss sich schließlich im September 1922 wieder der SPD an.⁶ Ein kleiner Rest der USPD um

3 Die Reden sind abgedruckt in: Unabhängige Sozialdemokratische Partei: Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitags in Halle. Vom 12. bis 17. Oktober 1920, Berlin [1920], S. 144–179 (Sinowjew), 208–218 (Martow). Sie sind zudem auf Englisch veröffentlicht in: Ben Lewis/Lars T. Lih (Hrsg.): *Martov and Zinoviev: Head to Head in Halle*, London 2011.

4 Die Namen finden sich in: USPD, Protokoll Halle 1920, S. 257–261.

5 Zur Geschichte der KPD siehe: Hermann Weber: *Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik*, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1969; Ossip K. Flechtheim: *Die KPD in der Weimarer Republik*. Mit einer Einleitung von Sigrid Koch-Baumgarten, Hamburg 1986; Ralf Hoffrogge/Norman LaPorte (Hrsg.): *Weimar Communism. A Mass Movement 1918–1933*, London 2017; Zur Sozialgeschichte: Klaus-Michael Mallmann: *Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung*. Mit einem Vorwort von Wilfried Loth, Darmstadt 1996; Ulrich Eumann: *Eigenwillige Kohorten der Revolution. Zur regionalen Sozialgeschichte des Kommunismus in der Weimarer Republik*, Frankfurt a. M. 2007.

6 Reiner Tosstorff: *Zwischen parlamentarischer Demokratie und bolschewistischer Revolution. Das Ende der USPD als Massenpartei*, in: Braune/Hesselbarth/Müller, USPD, S. 193–210.

Georg Ledebour und Theodor Liebknecht, der keinen der beiden Wege gehen wollte, versank in der Bedeutungslosigkeit.⁷

Der Parteitag von Halle war sicherlich einer der spektakulärsten von insgesamt dreißig Kongressen, die die drei großen Arbeiterparteien der Weimarer Republik, also KPD, SPD und USPD, abhielten. Derartige Versammlungen stellten formal die höchsten Instanzen dieser Parteien dar. So war im Statut der Sozialdemokratie zu lesen, der Kongress bilde „die oberste Vertretung der Partei“.⁸ „Die Beschlüsse des Parteitags sind für alle Mitglieder und Organisationen der Partei bindend“, hieß es unterdessen in der Satzung der KPD.⁹ Allerdings waren diese Kongresse weit mehr als nur politische Entscheidungsgremien. Sie stellten auch Begegnungsorte für die Delegierten dar, die aus der gesamten Republik dorthin angereist kamen. Man tauschte sich in den Sitzungspausen oder an den freien Abenden aus, traf alte Freunde und Genossinnen wieder oder lernte neue kennen. Hier wurde gestritten und debattiert. Nicht zuletzt waren Parteitage Orte der Selbstdarstellung. Von ihnen ging ein Signal an die Öffentlichkeit aus, etwa durch die Verabschiedung eines neuen Parteiprogramms, durch die Inszenierung innerparteilicher Geschlossenheit oder – wie im Fall von Halle – durch eine Spaltung.

Trotz dieser Bedeutung für die Linke der Weimarer Republik liegen bislang kaum systematische Studien zu ihren Parteitagen vor. Die wenigen Untersuchungen, die es gibt, konzentrieren sich vor allem auf die politischen Aspekte der Kongresse.¹⁰ Sozial- oder kulturhistorische Fragestellungen spielen hier kaum eine Rolle. Daher soll dieser Beitrag einen ersten skizzenhaften Überblick über die Parteikongresse von SPD, USPD und KPD in der

7 Engelmann/Naumann, Spaltung und Vereinigung, S. 209–217.

8 Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in: Sozialdemokratischer Parteitag 1925 in Heidelberg. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1925, S. 11–17, hier S. 13.

9 Bericht über den 2. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 20. bis 24. Oktober 1919, hrsg. von der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund), [Berlin 1919], S. 67.

10 Klaus Schönhoven: Der Heidelberger Programmparteitag von 1925. Sozialdemokratische Standortbestimmung in der Weimarer Republik, Heidelberg 1995; Marcel Bois/Florian Wilde: „Modell für den künftigen Umgang mit innerparteilicher Diskussion“? Der Heidelberger Parteitag der KPD 1919, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 6. Jg., 2007, H. 2, S. 33–46. Krause, USPD, widmet zwar jedem USPD-Parteitag ein eigenes Kapitel, doch geht auch er dabei lediglich politikhistorischen Fragestellungen nach. Ähnliches gilt für Weber, Wandlung, der ausführlich die letzten vier Parteitage der KPD darstellt.

Zwischenkriegszeit liefern. Im Zentrum der Untersuchung stehen dabei vier Themenkomplexe: die organisatorischen Abläufe, die Zusammensetzung der Delegierten, ihre politischen Einflussmöglichkeiten sowie wiederkehrende Rituale und Inszenierungen.¹¹

Die Wahl fiel auf die drei genannten Organisationen, weil es sich bei ihnen um die mitgliederstärksten Arbeiterparteien der Weimarer Republik handelte, die auch bei den Reichstagswahlen Millionen Wählerinnen und Wähler für sich mobilisieren konnten. Für die USPD gilt dies allerdings nur solange, bis sich ein relevanter Teil der Partei mit der KPD vereinigte, eine anderer mit der SPD. Nicht untersucht werden daher die Parteitage nach 1923, als die von Theodor Liebknecht geführte USPD nur noch eine unbedeutende Kleinstpartei war.¹² Ebenfalls ausgeklammert werden die Kongresse anderer kleinerer Parteien wie der 1919 gegründeten Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD) oder der 1931 entstandenen Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP).¹³

Die sozialistische Bewegung konnte beim Abhalten von Parteitag auf eine lange Tradition zurückblicken. Im 19. Jahrhundert waren die ihr zugehörigen Organisationen die einzigen, die über diese höchsten Organe zur innerparteilichen Willensbildung verfügten.¹⁴ Sozialistische Parteien wurden durch diese Art der Mitgliederbeteiligung zu „Praktikerinnen eines neuen Politikstils, der die

- 11 Bei diesem Beitrag handelt es sich um eine erweiterte und überarbeitete Version eines Aufsatzes, der zuerst auf Französisch erschienen ist: Marcel Bois: *Espaces de décision politique et d'expression performative. Les congrès des partis ouvriers dans la République de Weimar*, in: *Mil neuf cent. Revue d'histoire intellectuelle* 38 (2020), S. 121–147.
- 12 Hartfrid Krause verwendet für diese Zeit die Bezeichnung „USPD“ nur in Anführungszeichen. Sie hielt mindestens noch zwei weitere Kongresse ab. Der erste fand vermutlich im März 1924 in Eisenach statt, zu ihm liegt kein Protokoll vor; Krause, *USPD* (2021), S. 426. Ein weiteres Mal kamen die Mitglieder der Rumpf-USPD 1926 in Leipzig zusammen. Ein Reprint des lange Zeit übersehenen Protokolls findet sich in ebenda, S. 576–614.
- 13 Bei ihrer Gründung hatte die KAPD zwar mehrere Zehntausend Mitglieder, versank aber bald in der Bedeutungslosigkeit. Zu ihrer Geschichte siehe Hans Manfred Bock: *Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918–1923. Zur Geschichte und Soziologie der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten), der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands und der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands*, Meisenheim am Glan 1969. Zur Geschichte der SAP siehe unter anderem Hanno Drechsler: *Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik*, Hannover 1983. Für einen Überblick über das gesamte Spektrum links der Sozialdemokratie: Marcel Bois: *Linksradikalismus und radikale Linke in der Weimarer Republik*, in: Alexander Deycke u. a. (Hrsg.): *Von der KPD zu den Post-Autonomem. Orientierungen im Feld der radikalen Linken*, Göttingen 2021, S. 85–106.
- 14 Jasmin Siri: *Parteien. Zur Soziologie einer politischen Form*, Wiesbaden 2012, S. 45.

liberale Honoratiorenpolitik des neunzehnten Jahrhunderts untergrub und eine der bestimmenden Kräfte der modernen Welt einleitete: die Massenpolitik“.¹⁵ In Deutschland setzte diese Entwicklung mit der Aufhebung des Sozialistengesetzes im Jahr 1890 ein. Nachdem die SPD nun wieder legal agieren durfte, veranstaltete sie bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges jedes Jahr einen derartigen Kongress. Einen Höhepunkt bildete etwa der Parteitag des Jahres 1891, wo sie ihr nach dem Tagungsort benanntes „Erfurter Programm“ verabschiedete, das wieder stärker vom Marxismus beeinflusst war als das „Gothaer Programm“ von 1875. Laut Ralf Hoffrogge setzte es „Maßstäbe, an denen alle zukünftigen Emanzipationsbewegungen sich messen mußten“.¹⁶

Für diese Zeit, also die letzten Jahrzehnte des „langen 19. Jahrhunderts“, liegen einzelne Untersuchungen vor, die diese sozialistischen Konferenzen unter kulturwissenschaftlichen Aspekten analysierten. So zeichnete etwa die Ethnologin Nora Bryde am Beispiel des Hamburger Parteitags der SPD vom Oktober 1897 die „Selbstdarstellung der Partei mittels einer komplexen Dramaturgie“ nach.¹⁷ Unterdessen hat Kevin J. Callahan eine Kulturgeschichte der Zweiten Internationale geschrieben und dabei deren „Praxen des Vorführens, Bekanntmachens, Ausdrückens und Zurschaustellens“ untersucht.¹⁸ Durch die Begrüßungszeremonie, durch Massendemonstrationen oder auch den Einsatz von Musik sei jeder der Kongresse zu einem „beeindruckenden politischen Massenspektakel“ geworden, das sowohl die sozialistischen Delegierten als auch die Arbeiterinnen und Arbeiter der gastgebenden Stadt inspiriert habe.¹⁹

Nicht nur SPD, USPD und KPD der Weimarer Republik hatten ihre Wurzeln in der Sozialdemokratie des Kaiserreichs, sondern auch viele ihrer Mitglieder waren bereits vor 1914 der Partei beigetreten. Beispielsweise gaben mehr als zwei Drittel der befragten Delegierten des KPD-Parteitags von 1924 an, bereits

15 Kevin J. Callahan: *Demonstration Culture. European Socialism and the Second International, 1889–1914*, Kibworth Beauchamp 2010, S. 292 („practitioners of a new style of politics that undermined the liberal notable politics of the nineteenth century and ushered in one of the defining forces of the modern world: mass politics“).

16 Ralf Hoffrogge: *Sozialismus und Arbeiterbewegung in Deutschland und Österreich. Von den Anfängen bis 1914*, 2., erweiterte Aufl., Stuttgart 2017, S. 114.

17 Nora Bryde: *Dramaturgie eines Parteitags – Parteitag der SPD 1897 in Hamburg*, Inauguraldissertation, Philipps-Universität Marburg 2016, S. 11.

18 Callahan, *Demonstration Culture*, S. xiii („practice of showing, manifesting, expressing, and displaying“)

19 Ebenda, S. 140 („impressive mass political spectacle“).

vor dem Ersten Weltkrieg der SPD angehört zu haben (81 von 118).²⁰ Angesichts dieser personellen Kontinuitätslinien soll im Rahmen dieser Untersuchung auch analysiert werden, inwiefern die drei Parteien beim Abhalten ihrer Parteitage Traditionen aus der Zeit vor 1914 übernahmen – und wie sie sich davon abgrenzten. Im Fall der KPD stellt sich darüber hinaus die Frage, wie stark ihre Parteikonferenzen nicht nur finanziell von der Sowjetunion abhängig, sondern auch von dortigen Inszenierungen beeinflusst waren.²¹ Alle drei Parteien verstanden sich als Teil einer internationalistischen Bewegung. Daher muss nicht zuletzt auch gefragt werden: Welche Rolle spielte der proletarische Internationalismus auf den Parteitag?

Die Quellenlage zur Beantwortung dieser Fragen ist gut. Neben einzelnen Erinnerungsschriften von ehemaligen Mitgliedern sind hier vor allem Dokumentationen der Parteitage ausgewertet worden. Zu allen hier untersuchten Versammlungen existieren ausführliche, teilweise mehrere hundert Seiten umfassende Protokolle und Berichte, die heute leicht zugänglich sind. Sie wurden bereits während der Weimarer Republik von den jeweiligen Parteien veröffentlicht. Einzig das Protokoll des Gründungsparteitags der KPD von 1918/19 galt lange Zeit als verschollen, bis es der Historiker Hermann Weber in einem New Yorker Archiv entdeckte und im Jahr 1969 veröffentlichte.²² In den 1970er-Jahren wurden zudem die Materialien zu den Konferenzen der USPD, zusammengefasst in

- 20 Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitags der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Frankfurt am Main vom 7. bis 10. April 1924, hrsg. von der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin 1924, S. 400.
- 21 Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale stellte beispielsweise im Sommer 1920 zur Vorbereitung eines Parteitags eine halbe Million Reichsmark zur Verfügung. Siehe hierzu: Beschluss der Komintern über die finanzielle Unterstützung der deutschen Linken und der Hinterbliebenen von Karl Liebknecht und Eugen Leviné durch die Komintern, Moskau, 11. 8. 1920, in: Hermann Weber/Jakov Drabkin/Bernhard H. Bayerlein (Hrsg.): Deutschland, Russland, Komintern, Bd. II: Dokumente (1918 – 1943), Teilband 1, S. 119 f.
- 22 Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien, hrsg. und eingel. von Hermann Weber, Frankfurt a. M. 1969. Drei Jahre später erschien das Protokoll auch in der DDR, allerdings ohne dass die Herausgeber auf Webers Edition hinwiesen: Protokoll des Gründungsparteitags der Kommunistischen Partei Deutschlands (30. Dezember 1918 – 1. Januar 1919), hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (DDR) 1972. Zur Editions-geschichte siehe die Einführung in: Die Gründung der KPD. Protokoll und Materialien des Gründungsparteitags der Kommunistischen Partei Deutschlands 1918/1919. Mit einer Einführung zur angeblichen Erstveröffentlichung durch die SED, hrsg. und eingel. von Hermann Weber, Berlin 1993, S. 1*–31*.

vier Bänden (und einem Registerband), neu herausgegeben.²³ Ferner erschienen in dieser Zeit Neudrucke von Protokollen einzelner KPD-Parteitage als „graue Literatur“. Die Protokolle der SPD-Parteitage liegen mittlerweile in digitalisierter Form vor und sind online einsehbar.²⁴

Tagungsfrequenz und -zeiten

Die großen Arbeiterorganisationen kamen während der Weimarer Republik zu insgesamt dreißig Parteitagungen zusammen: Sieben Mal versammelten sich die Delegierten der USPD, neun Mal die der SPD und zwölf Mal die der KPD. Hinzu kamen die zwei Vereinigungsparteitage (siehe Tabelle im Anhang). Regelmäßig wiederkehrende Termine gab es dabei allerdings nicht. Die Konferenzen verteilten sich auf alle Monate des Jahres. Bevorzugt wurden jedoch das Frühjahr und der Herbst. So fanden insgesamt neun Parteitage in den Monaten April bis Juni statt und zusammen acht im September und Oktober. In den Sommermonaten Juli und August tagten SPD und USPD gar nicht, die Kommunistinnen und Kommunisten jeweils nur einmal. Die gewisse Vorliebe der Sozialdemokratie für einen Termin im Herbst begründet Wilhelm Dittmann in seinen Erinnerungen damit, dass „zu dieser Zeit der Bericht der Reichstagsfraktion über die Session des Reichstags, die bis in den Sommer dauerte, abgeschlossen vorgelegt werden konnte und daß auch der von Juli zu Juli laufende Bericht des Parteivorstandes vorlag“.²⁵

Auffällig ist, dass die Abstände zwischen den einzelnen Parteitagungen immer größer wurden. Die Forschung unterteilt die Weimarer Republik klassischerweise in drei Phasen: Zunächst die Jahre 1918 bis 1923, die von Revolution und Krisen gekennzeichnet waren. Darauf folgte eine Phase der relativen Stabilität, die die Jahre 1924 bis 1929 umfasste. Zuletzt markierten Weltwirtschaftskrise, Präsidialkabinette und Aufstieg der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei

23 Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 5 Bde., Glashütten im Taunus 1975/76.

24 Sozialdemokratische Parteitage (1890–1959). Protokolle über die Verhandlungen der Parteitage der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Online-Edition der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, online unter: <http://library.fes.de/parteitage/> [27. 2. 2020].

25 Wilhelm Dittmann: Erinnerungen, Bd. 3, bearbeitet und eingeleitet von Jürgen Rojahn, Frankfurt a. M./New York 1995, S. 937.

(NSDAP) die Jahre der Auflösung der Republik (1930–1933).²⁶ Ordnet man nun die linken Parteitage diesen Zeitabschnitten zu, so stellt man fest: Mehr als zwei Drittel (21) fanden in der ersten Phase bis 1923 statt, knapp ein Viertel (8) in der zweiten, während es in der dritten Phase nur noch zu einer einzigen derartigen Zusammenkunft kam: dem Leipziger Parteitag der SPD von 1931.

Hier lässt sich also beobachten, dass die Arbeiterparteien zunächst am Tagungsrythmus der SPD der Vorkriegszeit anknüpften, die von 1890 bis 1913 jährlich zusammenkam. Die hohe Anzahl von Konferenzen in der Frühphase der Weimarer Republik mag darin begründet sein, dass alle drei Parteien in dieser Zeit zahlreiche Grundsatzentscheidungen zu treffen hatten. Auch das Auseinanderbrechen der USPD spielte eine Rolle. Die Diskussionen über die Spaltung der Partei und die Vereinigung ihrer beider Flügel mit SPD bzw. KPD beschäftigten allein acht Parteitage.²⁷

Bedingt durch ihr Ende als Massenpartei fließen hier nach 1923 keine weiteren USPD-Parteitage mehr in die Zählung ein, was eine Erklärung für die geringere Zahl von Kongressen in der zweiten Phase ist. Darüber hinaus ließ nun aber auch bei den weiterexistierenden Parteien SPD und KPD die Häufigkeit der Kongresse nach. So tagte die Sozialdemokratie ab 1925 nur noch im zweijährlichen Rhythmus. Die Kommunistinnen und Kommunisten kamen ab 1924 insgesamt nur noch vier Mal zusammen, nach dem Juni 1929 gar nicht mehr. Dies spiegelt wiederum eine allgemeine Tendenz zur innerparteilichen Entdemokratisierung in der Weimarer Republik wider, auf die später noch eingegangen werden soll. Die KPD ordnete sich zudem in die Entwicklung ihrer internationalen Bewegung ein. So veranstaltete die Kommunistische Internationale, deren deutsche Sektion die KPD war, in den ersten fünf Jahren ihrer Existenz (1919–1924) fünf Weltkongresse. Anschließend sollten bis zu ihrer Auflösung im Jahr 1943 nur noch zwei weitere folgen (1928 und 1935). Auch hier war also eine Verlangsamung des Tagungsrythmus zu beobachten. Anders war es bei

26 Siehe beispielsweise Eberhard Kolb: *Die Weimarer Republik*, 2., durchgesehene u. ergänzte Aufl., München 1988; Ursula Büttner: *Weimar. Die überforderte Republik 1918–1933. Leistungen und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur*, Bonn 2010; Axel Schildt: *Die Republik von Weimar. Deutschland zwischen Kaiserreich und „Drittem Reich“ (1918–1933)*, 3., erw. Aufl., Erfurt 2016.

27 USPD (Oktober 1920), USPD-Linke (Dezember 1920), KPD (Dezember 1920), Vereinigung USPD-KPD (Dezember 1920), SPD (September 1922), USPD (September 1922) und Vereinigung USPD-SPD (September 1922).

der Sozialistischen Arbeiter-Internationale. Sie traf sich nach ihrer Gründung im Mai 1923 in etwa gleichen Abständen von drei Jahren.²⁸

Die deutsche Arbeiterbewegung hatte lange für die Einführung des Achtstundentags gekämpft und zu Beginn der Weimarer Republik ihr Ziel endlich erreicht. Offenbar wollte man auch den Delegierten der eigenen Parteitage keine längeren „Arbeitszeiten“ zumuten. Denn in der Regel begannen die Kongresse aller drei Parteien um 9 Uhr morgens und gingen bis zur Mittagspause um 13 Uhr. Nachmittags zwischen 14 und 15 Uhr wurde die Sitzung dann fortgesetzt und dauerte nur sehr selten länger als bis 18 oder 19 Uhr. Sollte einmal, wie an einem Sitzungstag des Leipziger Parteitags der USPD (1919) der Vorschlag unterbreitet werden, die Mittagspause ausnahmsweise ausfallen zu lassen, dann erhob sich sogleich Protest unter den Delegierten.²⁹

Auch die Abendstunden blieben – abgesehen von der Auftaktrede am ersten Tag – in der Regel frei von Tagesordnungspunkten. Dies geht zumindest aus den SPD- und USPD-Protokollen hervor. Bei der KPD sah es gelegentlich anders aus. Laut Tagesordnung des Berliner Parteitags von 1925 nahmen die Delegierten einen Abend am „internationalen Massenmeeting“ in der „Neuen Welt“ in der Hasenheide teil. Die anderen Abende waren für Kommissionssitzungen reserviert.³⁰

Trotz regulierter Tagungszeiten blieb den Delegierten ausreichend Zeit zur Diskussion. Dies wird beim Blick auf die Gesamtdauer der Parteitage deutlich. So kamen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eines SPD-Kongresses im Durchschnitt für 6,1 Tage zusammen und die eines USPD-Parteitag für 4,5 Tage. Die kommunistischen Zusammenkünfte waren mit durchschnittlich 4,3 Tagen am kürzesten. Ohnehin repräsentierte die KPD die zeitlichen Extreme: Zum einen war ihr außerordentlicher Parteitag, der am Tag vor der Vereinigung mit dem linken USPD-Flügel zusammentrat, der kürzeste aller hier behandelten

28 Lediglich der Zweite Kongress in Marseille (August 1925) kam bereits 2 ¼ Jahre nach dem ersten (Hamburg, Mai 1923) zusammen. Weitere Versammlungen tagten in Brüssel (August 1928) und in Wien (Juli 1931).

29 Unabhängige Sozialdemokratische Partei: Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitags in Leipzig vom 30. November bis 6. Dezember 1919, Berlin [1919], S. 132 f.

30 Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitags der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Berlin vom 12. bis 17. Juli 1925, hrsg. vom Zentral-Komitee der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin 1926, S. XVIII f.

Kongresse. Er dauerte lediglich neunzig Minuten.³¹ Zum anderen debattierten die kommunistischen Delegierten im Juni 1929 ganze acht Tage lang. Damit hielten sie den längsten aller linken Parteitage der Weimarer Republik ab.

Tagungsorte

Die Parteitage der Sozialdemokratie des Kaiserreichs hatten in der Regel an wechselnden Orten stattgefunden.³² Hinter dieser Vorgehensweise stand ein Konzept, das auch in anderen Ländern verfolgt wurde. Das verdeutlicht die Aussage des französischen Sozialisten Paul Louis aus dem Jahr 1912. Damals schrieb er, dass es von großer Wichtigkeit sei, Region und Ort der Kongresse jährlich zu wechseln. Denn das Aufeinandertreffen der Arbeiterinnen und Arbeiter einer Industriestadt mit den Parteitage delegierten stelle „einen fruchtbaren Akt der Propaganda“ dar.³³ Nur durch wechselnde Tagungsorte könnten möglichst viele Proletarier in diesen Genuss kommen.

Die linken Parteien der Weimarer Republik nahmen diese Vorgehensweise nur zum Teil auf. Ihre insgesamt dreißig Parteitage fanden an 16 verschiedenen Orten statt, wobei es lediglich drei Orte gab, an denen mehrfach getagt wurde: Berlin (elf Mal), Leipzig (vier Mal) und Heidelberg (zwei Mal). Ein differenzierter Blick auf alle drei Parteien zeigt, dass nur die SPD an der Vorkriegstradition festhielt, stets den Tagungsort zu wechseln. USPD und KPD hingegen legten keinen großen Wert auf derartige Varianz. So tagten die Unabhängigen Sozialistinnen und Sozialisten zwei Mal in Leipzig und drei Mal in Berlin. Auch bei den Kommunistinnen und Kommunisten war die Reichshauptstadt beliebt. Sie hielten hier gleich sechs ihrer Parteitage ab. Ihr Vereinigungsparteitag mit der USPD-Linken fand ebenfalls dort statt.

Wahrscheinlich führten in erster Linie praktische Erwägungen dazu, dass die Arbeiterparteien so häufig ihre Kongresse in Berlin veranstalteten. Die Metropole

31 Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages der U.S.P.D. (Linke) und der K.P.D. (Spartakusbund). Abgehalten in Berlin vom 4. bis 7. Dezember 1920, hrsg. von der Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin 1921, S. 308–314.

32 Von 1890 bis 1910 wechselte die Partei jährlich den Tagungsort. Erst im Jahr 1911 wählte die SPD mit Jena zum ersten Mal eine Stadt als Versammlungsort, an dem bereits ein Parteitag stattgefunden hatte (1905). 1913 tagte die SPD sogar zum dritten Mal in Jena.

33 Paul Louis: *Le Parti Socialiste en France*, Paris 1912, S. 137 („un acte fécond de propagande“).

war Sitz des Reichstags und der Reichsregierung sowie des Preußischen Landtags und der Landesregierung, zudem eine der Hochburgen der linken Parteien.³⁴ Dementsprechend konnten mit dem Tagungsort Berlin für einen relevanten Teil der Delegierten, etwa die Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die Reisestrapazen und -kosten geringgehalten werden. Ähnliche Überlegungen mögen für die SPD eine Rolle gespielt haben, als sie im Juni 1919 Weimar als Tagungsort auswählte. Zu dieser Zeit war die Stadt Regierungssitz der Republik und Tagungsort der Nationalversammlung.

Ein exemplarischer Blick auf zwei Parteitage, die in Berlin stattfanden, belegt derartige Vermutungen. Tatsächlich stammten in beiden Fällen viele der Delegierten aus der Reichshauptstadt. So befanden sich unter den 398 Anwesenden des SPD-Parteitages vom Juni 1924 66 Personen, die entweder ihren Wohnsitz in der Stadt hatten oder zumindest dem Parteibeizirk Groß-Berlin angehörten.³⁵ Dies entsprach 16,5 Prozent. Fast doppelt so hoch war sogar der Anteil der (Groß-)Berliner unter den Teilnehmenden des USPD-Parteitags, der im März 1919 im Preußischen Herrenhaus in der Reichshauptstadt tagte. Er betrug 29,8 Prozent (62 von 208).³⁶

Andere Tagungsorte wurden offenbar danach ausgesucht, ob sie gut erreichbar waren. Dies galt etwa für Halle, Jena, Kassel, Magdeburg – und mit Einschränkungen auch für Frankfurt am Main. Alle diese Städte lagen mehr oder weniger im geografischen Zentrum des Deutschen Reiches. In Randlagen der Republik fanden hingegen nur selten Parteitage statt. Zwei dieser Ausnahmen waren die SPD-Kongresse von 1921 und 1927, als die Delegierten im niederschlesischen Görlitz und in der Ostseestadt Kiel zusammenkamen. „Daß jetzt zum ersten Male, seit wir in Deutschland eine sozialistische Bewegung kennen, die Gesamtpartei in Kiel tagt, ist wohl auf die geographische Lage unserer Stadt zurückzuführen“, merkte entsprechend auch der Begrüßungsredner an.³⁷

34 Zum Einfluss der Arbeiterparteien in der Hauptstadt siehe Axel Weipert: *Das Rote Berlin. Eine Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung 1830–1934*, Berlin 2013, S. 163–167.

35 Sozialdemokratischer Parteitag 1924. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1924, S. 211–217.

36 Unabhängige Sozialdemokratische Partei: Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitags vom 2. bis 6. März 1919 in Berlin, Berlin [1919], S. 274–279. Allerdings ist hier zu beachten, dass es in den Revolutionstagen nicht allen Delegierten möglich war, nach Berlin zu kommen. Zum Teil fielen schlicht die Zugverbindungen aus, zum Teil waren sie in ihrer Heimat unabhkömmlich. Krause, USPD (2021), S. 145.

37 Sozialdemokratischer Parteitag 1927 in Kiel. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1927, S. 5.

Auch der „Heidelberger“ Parteitag der KPD im Oktober 1919 fand in eher peripherer Lage statt, im Südwesten des Landes. In diesem Fall erfüllte die Auswahl der Lokalität aber den Zweck, keine Aufmerksamkeit zu erregen. Denn zum Zeitpunkt des Parteitags war die KPD verboten. „Der Belagerungszustand und die Verfolgungen der kommunistischen Führer durch die Ebertregierung ermöglicht uns nicht, in aller Öffentlichkeit zu tagen und zwingt uns zu größter Vorsicht in der Wahl der Tagungsorte“, hieß es im Protokoll.³⁸ Tatsächlich mussten die Delegierten mehrfach den Tagungsort wechseln. Nachdem sie den viertägigen Kongress auf der Wachenburg an der Bergstraße eröffnet hatten, tagten sie am zweiten Tag in Heidelberg, dann in Mannheim und schließlich auf dem Dilsberg am Neckar.³⁹ Auch die folgenden beiden Parteitage in Karlsruhe und Durlach (Februar 1920) sowie Berlin (April 1920) fanden in der Illegalität statt, wobei die Karlsruher Versammlung am zweiten Tag von der Polizei aufgelöst wurde.⁴⁰ „Alle Teilnehmer wurden verhaftet und nach Karlsruhe gebracht“, erinnerte sich Paul Frölich später. „Während die Polizei das Tageslokal umstellt hielt, waren noch telephonisch Verhandlungen mit der badischen Regierung geführt worden, die wohl zum Effekt hatten, daß man die meisten Verhafteten wieder laufen ließ. Diese Verhandlungsphase wurde ausgenutzt zur Verbrennung alles kompromittierenden Materials, so daß der Ofen im Saal rotglühend wurde.“⁴¹

Angesichts dessen warnte Wilhelm Pieck im April 1920 zu Beginn der Berliner Tagung seine Genossinnen und Genossen: „Es ist dringend notwendig, daß die Delegierten die Anweisungen genau befolgen, damit nicht wieder wie in Karlsruhe durch die Unvorsichtigkeiten einzelner Delegierter die Aufmerksamkeit der Polizeispitzel auf unsere Tagung gelenkt wird.“ Trotzdem kamen die Ermittler der KPD offenbar erneut auf die Schliche. So stellte sich am Morgen des zweiten Verhandlungstages „heraus, daß sich einige verdächtige Gestalten sehr eingehend nach der Tagung erkundigt haben, so daß auf allgemeinen Wunsch der Delegierten das Tagungsort verlegt wird.“⁴² Ebenfalls in der Ille-

38 Bericht 2. Parteitag KPD 1919, S. 1.

39 Ebenda, siehe auch Flechtheim, KPD, S. 115.

40 Bericht über den 3. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) am 25. und 26. Februar 1920, hrsg. von der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund), Berlin [1920], S. 89 f.

41 Paul Frölich: Im radikalen Lager. Politische Autobiographie 1890–1921, hrsg. und mit einem Nachwort von Reiner Tosstorff, Berlin 2013, S. 221.

42 Bericht über den 4. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) am 14. und 15. April 1920, hrsg. von der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund), [Berlin 1920], S. 1* u. 64.

galität fand der KPD-Parteitag im April 1924 statt. Ein wegen des geplanten Aufstands im Oktober 1923 ausgesprochenes Verbot der Partei war zwar bereits seit März aufgehoben. Da aber „fast gegen alle führenden Genossen [...] von der Staatsanwaltschaft und dem Oberreichsanwalt Haftbefehle erlassen worden“ waren, tagte man nicht öffentlich, sondern an verschiedenen Orten im Raum Frankfurt am Main/Offenbach, etwa in einem christlichen Hospiz. Die Wahl fiel auf diese Region, weil in der Mainmetropole zeitgleich eine Messe war und dementsprechend eine Ansammlung von etwa 160 Delegierten nicht auffiel. Das anschließend veröffentlichte Protokoll enthielt keine namentlich gekennzeichneten Diskussionsbeiträge.⁴³

Gänzlich andere Gründe spielten im September 1922 für die Wahl Nürnbergs als Ort des Vereinigungsparteitages zwischen USPD-Rechten und SPD eine Rolle. Sie waren symbolischer Art: Die Stadt lag nämlich in der Mitte zwischen jenen beiden Orten, in denen die beiden Parteien zuvor getrennt voneinander getagt hatten: Augsburg (SPD) und Gera (USPD). Nun sollten sie im wahren Sinne des Wortes in der fränkischen Metropole zusammenkommen. Zudem versuchten die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit der Wahl der Stadt eine geschichtliche Symbolik zum Ausdruck zu bringen. „Hier in Nürnberg hat die Geburtslocke der deutschen Sozialdemokratie geläutet“, betonte Emil Fischer in seiner Begrüßungsansprache gegenüber den Delegierten des Parteitags. „Hierher berief August Bebel 1868 den 5. Vereinstag der deutschen Arbeitervereine, der den Anschluß an die Internationale beschloß, der die Trennung von der bürgerlichen Bewegung aussprach. Heute soll sich wiederum in Nürnberg ein geschichtlicher Akt der deutschen Arbeiterbewegung vollziehen: die Einigung der SPD und der USPD.“⁴⁴

Ohnehin wurde in den Begrüßungsreden häufig die Historie der Veranstaltungsorte beschworen. Beim USPD-Parteitag in Leipzig (1919) wies der dort lebende Redner Richard Lipinski darauf hin, dass die Stadt „die Wiege der deutschen Sozialdemokratie“ sei: „Hier sind die ersten Kämpfe ausgefochten [sic!]. Von hier aus ist das offene Antwortschreiben Lassalles in die Welt gegangen und unsere Koryphäen: Bebel, Liebknecht und wie sie alle heißen, haben hier in Leipzig gewirkt.“ Zugleich sei die Stadt aber auch deshalb „historischer Boden

43 Bericht IX. Parteitag KPD 1924, S. 197. Siehe auch Weber, *Wandlung*, Bd. 1, S. 65, sowie Mario Keßler: *Ruth Fischer. Ein Leben mit und gegen Kommunisten (1895–1961)*, Köln/Weimar/Wien 2013, S. 170.

44 Protokoll der Sozialdemokratischen Parteitage in Augsburg, Gera und Nürnberg 1922, Berlin 1923, S. 179.

geworden, als während des Weltkriegs in Leipzig die geistige Zentrale war, die die Opposition vereinigte.⁴⁵ Als die Partei 1922 ein weiteres Mal in Leipzig tagte, wählte der Eröffnungsredner eine sehr ähnliche Erzählung. Zusätzlich berichtete er von der Geschichte des Volkshauses, in dem der Parteitag stattfand. Es sei „geschaffen worden aus eigenen Mitteln der Leipziger Arbeiterschaft. Es ist Eigentum der Leipziger Arbeiterschaft, wird von ihr selbst verwaltet und ist jedem Leipziger Arbeiter lieb und wert geworden.“⁴⁶

Auch die Kommunistinnen und Kommunisten verwiesen oft auf die Tradition ihrer Tagungsorte. Als sie sich beispielsweise 1921 in Jena versammelten, wurde zu Beginn an die sozialdemokratischen Parteitage erinnert, die vor dem Krieg hier stattgefunden hatten – „besonders an die Tagungen von 1905 und 1913, auf denen die Frage des Massenstreiks zur Debatte stand und schon klar zu erkennen war, daß in der alten Sozialdemokratischen Partei, die damals noch äußerlich geschlossen war, tiefe Gegensätze vorhanden waren“.⁴⁷ An die Zeit, in der diese Gegensätze bereits aufgebrochen waren und die Kommunistische Partei gegründet wurde, erinnerte im Juli 1925 dann Ernst Thälmann. Zu Beginn der KPD-Konferenz im Preußischen Landtag wies er darauf hin, dass „vor 7½ Jahren die ersten Führer und die Avantgarde des revolutionären Proletariats hier ebenfalls tagten und die Wurzel legten zu dem Stamm, der zu einem Baum gewachsen ist“.⁴⁸

Auf eine starke politische Symbolik setzten die Kommunistinnen und Kommunisten derweil bei der Auswahl des Parteitagortes im Sommer 1929. Ursprünglich sollte er in Dresden stattfinden, wurde aber dann in den Berliner Stadtteil Wedding verlegt, wo wenige Wochen zuvor der sozialdemokratische Polizeipräsident der Stadt auf verbotene kommunistische Maidemonstrationen hatte schießen lassen. Dieses Ereignis, der „Blutmai 1929“, vertiefte maßgeblich

45 USPD, Protokoll Leipzig 1919, S. 51.

46 Unabhängige Sozialdemokratische Partei: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags in Leipzig vom 8. bis 12. Januar 1922 sowie über die Reichsfrauenkonferenz am 7. und 8. Januar 1922 und über die Konferenz für die Arbeiterbildung am 8. Januar 1922, Leipzig [1922], S. 45 f.

47 Bericht über die Verhandlungen des 2. [7.] Parteitags der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Jena vom 22. bis 26. August 1921, hrsg. von der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin 1922, S. 144.

48 Bericht X. Parteitag KPD 1925, S. 271. Allerdings war der Gründungsparteitag, auf den Thälmann sich hier bezieht, erst sechseinhalb Jahre her.

die Spaltung von SPD und KPD am Ende der Weimarer Republik.⁴⁹ „Wir sind deswegen nach dem Wedding gegangen, weil wir einen Akt der Verbindung der revolutionären Partei mit dem kämpfenden Proletariat zeigen wollten“, erklärte der Begrüßungsredner.⁵⁰

Innerparteiliche Demokratie in der Weimarer Republik

Der Parteitag von Halle führte zwar zur Spaltung der USPD, aber zugleich war dieses Ergebnis Ausdruck einer starken innerparteilichen Demokratie: Die Frage des Komintern-Beitritts wurde zunächst in den regionalen Gliederungen diskutiert, die Entscheidung auf dem Kongress fiel in namentlicher Abstimmung der Delegierten. Eine derartige Debattenkultur unterschied die Arbeiterparteien deutlich von den anderen Parteien der Weimarer Republik. Denn obwohl das Regierungssystem des Landes demokratisch war, besaßen die Mitglieder vieler Parteien nur wenige Mitbestimmungsrechte.⁵¹ Dies galt selbstverständlich für die vollkommen auf ihren „Führer“ Adolf Hitler ausgerichtete NSDAP.⁵² In der völkisch-antisemitischen Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) setzte sich im Jahr 1928 ebenfalls das Führerprinzip durch. Dem Parteivorsitzenden fiel nun in allen politischen Entscheidungen – auch gegenüber der Reichstagsfraktion – ein Vetorecht zu.⁵³ Auch in eher moderaten bürgerlichen Parteien war die innerparteiliche Demokratie nur schwach ausgeprägt. So durften die Parteitagsdelegierten

- 49 Thomas Kurz: „Blutmai“. Sozialdemokraten und Kommunisten im Brennpunkt der Berliner Ereignisse von 1929, Berlin 1988; Léon Schirmann: Blutmai Berlin 1929. Dichtungen und Wahrheit, Berlin 1991; Chris Bowlby: Blutmai 1929: Police, Parties and Proletarians in a Berlin Confrontation, in: *The Historical Journal* 29 (1986), H. 1, S. 137–158; Siehe hierzu außerdem die zeitgenössische Streitschrift: Paul Frölich: *Der Berliner Blut-Mai*, Berlin [1929]. Zur Verlegung des Parteitags siehe Weber, *Wandlung*, Bd. 1, S. 225, Anm. 202.
- 50 Protokoll der Verhandlungen des 12. Parteitags der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Berlin-Wedding, 9. bis 16. Juni 1929, hrsg. vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin [1929], S. 3.
- 51 Zur zeitgenössischen Kritik an mangelnder innerparteilicher Demokratie in den Parteien der Weimarer Republik siehe: Andreas Gönitzke: „Innerparteiliche Demokratie“ in Deutschland. Das kritische Konzept und die Parteien im 20. Jahrhundert, München 2004, S. 41–59.
- 52 Zum Aufstieg Hitlers innerhalb der NSDAP siehe beispielsweise Ian Kershaw: *Hitlers Macht. Das Profil der NS-Herrschaft*, 2., durchges. Aufl., München 2000, S. 58–71.
- 53 Robert Hoffmann: *Geschichte der deutschen Parteien. Von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart*, 2. Aufl., München/Zürich 1993, S. 174.

der nationalliberalen Deutschen Volkspartei (DVP) im Prinzip nur noch abnicken, was die Führung bereits beschlossen hatte. Das politische Gewicht der Parteitage sei gering gewesen, urteilt Wolfgang Hartenstein in seiner Studie über die Partei. Die Kongresse seien „weder Kontrollinstanz noch Forum innerparteilicher Diskussion noch Stätte wichtiger politischer Entscheidungen“ gewesen.⁵⁴ Ähnlich wenig Einflussmöglichkeiten hatten die Mitglieder der beiden Parteien des Politischen Katholizismus. So betont Klaus Schönhoven, dass der Prozess der innerparteilichen Willensbildung in der Bayerischen Volkspartei (BVP) „meist von oben nach unten und nicht in umgekehrter Richtung“ verlaufen sei.⁵⁵ Derweil ließen sich jene „oligarchischen Strukturen“, die er der BVP bescheinigt, auch in der Schwesterpartei feststellen: Der Vorstand der Zentrumsparterie war weitgehend mit der Fraktionsführung im Reichstag identisch. Dementsprechend betont Rudolf Morsey, sie sei „keine Mitgliederpartei“ gewesen.⁵⁶ Unter den bürgerlichen Parteien verfügte die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) über das höchste Maß an innerparteilicher Demokratie. Doch selbst hier verschob sich im Lauf der Zeit „das Entscheidungszentrum immer stärker zu den obersten Parteigremien, insbesondere zu der Fraktion hin.“ Auch die Parteikongresse wurden nun zunehmend zum „Demonstrationsfeld politischer Geschlossenheit“.⁵⁷

Angesichts dieser Befunde war in den Arbeiterparteien die innere Demokratie stark ausgeprägt – nicht nur in der USPD. Auch die Parteitage von SPD und KPD waren zunächst von freien Diskussionen und solidarischen Auseinandersetzungen gekennzeichnet. Die Delegierten konnten Anträge an die Versammlungen stellen, wovon sie reichlich Gebrauch machten. Beim Heidelberger Parteitag der SPD lag ihre Zahl beispielsweise bei 242.⁵⁸ Zudem hatten sie ausreichend Möglichkeit, ihre Ansichten mündlich darzulegen. Beim KPD-Parteitag in Karlsruhe (1920) lag die Redezeitbegrenzung für einfache Diskussionsbeiträge

54 Wolfgang Hartenstein: Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918–1920, Düsseldorf 1962, S. 259. Nicht einmal die Inhaber wichtiger Parteiämter wurden von den Mitgliedern gewählt. Zur innerparteilichen Organisation der DVP siehe S. 254–266 sowie Ludwig Richter: Die Deutsche Volkspartei 1918–1933, Düsseldorf 2002, S. 127–176.

55 Klaus Schönhoven: Die Bayerische Volkspartei 1924–1932, Düsseldorf 1972, S. 56.

56 Rudolf Morsey: Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumsparterie zwischen christlichem Selbstverständnis und „Nationaler Erhebung“ 1932/33, Stuttgart/Zürich 1977, S. 34.

57 Werner Schneider: Die Deutsche Demokratische Partei in der Weimarer Republik 1924–1930, München 1978, S. 63.

58 Sozialdemokratischer Parteitag 1925, S. 301–317.

beispielsweise bei zehn Minuten. Daher war es in den ersten Jahren der Republik keineswegs selbstverständlich, dass sich die Parteiführung mit ihren Anliegen durchsetzte. So entschied der Gründungsparteitag zum Beispiel gegen den Willen Rosa Luxemburgs, sich nicht an den Wahlen zur Nationalversammlung zu beteiligen. Und noch fünf Jahre später, im April 1924, wählten die Delegierten des Frankfurter Parteitages eine neue Führung um Ruth Fischer, obwohl die Komintern-Spitze eine andere Konstellation befürwortet hatte.⁵⁹

Gleichwohl lässt sich auch bei den Arbeiterparteien eine „Diskrepanz zwischen demokratischem Anspruch und realer Praxis“ feststellen, wie es Axel Weipert für den SPD-Parteitag von 1919 formuliert hat. Schon dort sei bei einzelnen Funktionärinnen und Funktionären ein Politikverständnis zu beobachten gewesen, „demzufolge alles außerhalb des bürokratischen Apparates lediglich als unliebsame Störung wahrgenommen wurde“.⁶⁰

Später dann, im Jahr 1932, bescheinigte der zeitgenössische Sozialwissenschaftler Sigmund Neumann der Sozialdemokratie eine „zentralistisch aufgebaute Bürokratie“ und „ein gutes Stück preußischer Organisationsfähigkeit und Disziplinierung“.⁶¹ Auch die heutige Forschung urteilt ähnlich über die SPD: „Die formale innerparteiliche Demokratie wurde de facto durch eine streng hierarchische, fast militärisch anmutende Führung in ihrer Wirkungsweise eingeschränkt.“⁶² Hiergegen begehrte ein Teil der Mitglieder auf und verließ schließlich die SPD, um die SAP zu gründen.

Unterdessen lässt sich in der Entwicklung der KPD ein Prozess der Entdemokratisierung beobachten. So hat Hermann Weber bereits in den 1960er-Jahren „den Wandel von einer Partei mit einem hohen Maß an innerer Demokratie [...] in eine disziplinierte Partei mit zentralisierter Befehlsgewalt“ nachgezeichnet.⁶³ Er

59 Marcel Bois: *Kommunisten gegen Hitler und Stalin. Die linke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Eine Gesamtdarstellung*, Essen 2014, S. 146 f.

60 Axel Weipert: *Die Zweite Revolution. Rätebewegung in Berlin 1919/1920*, Berlin 2015, S. 377 u. 379.

61 Sigmund Neumann: *Die deutschen Parteien. Wesen und Wandel nach dem Kriege*, Berlin 1932, S. 30. Für Neumann war die Parteibürokratie allerdings Garant der Stabilität der SPD.

62 Hoffmann, *Geschichte der deutschen Parteien*, S. 142.

63 Weber, *Wandlung*, Bd. 1, S. 8. Teile der Forschung widersprechen allerdings der These der demokratischen Frühphase, zuletzt etwa Marcus Schönwald: *Demokratische Anfänge? Die frühe KPD und die falsche Prämisse der Stalinisierungsthese*, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 2018, S. 163–180. Siehe hierzu auch: Marcel Bois/Florian Wilde: *Ein kleiner Boom. Entwicklungen und Tendenzen der KPD-Forschung seit 1989/90*, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 2010, S. 309–322; Marcel

unterschied hier zwischen „der von Rosa Luxemburg gegründeten radikal marxistisch-sozialistischen Partei“ der ersten Jahre und der „stalinistische[n] Apparatspartei“ der späten Weimarer Republik, „die sich nach den Interessen Moskaus richtete“. ⁶⁴ Zwischen diesen beiden Phasen habe die „Stalinisierung“ der KPD stattgefunden. Anders als bei SPD und DDP waren hier also in erster Linie externe Faktoren – namentlich der Aufstieg des Stalinismus in der Sowjetunion – für die Entdemokratisierung verantwortlich. Trotzdem ordnete sie sich in einen allgemeinen Trend ein, der in der Weimarer Republik zu beobachten war. ⁶⁵

Auch bei den Parteitag machte sich das bemerkbar. Genau wie in der Sowjetunion wurden Ende der zwanziger Jahre oppositionelle Meinungen weder hier und noch in der Parteipresse geduldet. So berichtet auch Eumann von einem „Eindruck, der sich beim Studium der KPD-Quellen aufdrängt: Dass es ab ca. 1929/30 auf KPD-Versammlungen immer seltener zum Austrag unterschiedlicher Meinungen kam.“ ⁶⁶ Um diese zunehmende Homogenität zu gewährleisten, wurde gelegentlich sogar nachgeholfen. So verschob das Zentralkomitee der KPD 1926 kurzerhand den Termin des Essener Parteitags. Ursprünglich sollte er Ende November stattfinden, doch dann tagte er erst im folgenden März. ⁶⁷ Die Zeit bis dahin nutzte die Parteiführung, um die innerparteiliche linke Opposition auszuschalten. Bis zum Parteitag schloss sie etwa 1300 Linkskommunistinnen und -kommunisten aus. Ganze Ortsgruppen wurden zerstört ⁶⁸ – was sich selbstverständlich auch auf die personelle Zusammensetzung dieses und folgender Kongresse auswirkte. Über den KPD-Parteitag von 1929 berichtete beispielsweise der sozialdemokratische „Vorwärts“, dass mittlerweile „bürgerliche Kleidung“ überwöge und es sich bei der Mehrheit der Delegierten um Funktionäre handle, denen die Organisation zum Selbstzweck geworden sei. ⁶⁹ Auch der Habitus des Parteivorsitzenden war nun ein ganz anderer: „Im Juni 1929 schritt Thälmann in den verstummenden Tagungssaal des 12. Parteitages nach der Manier Stalins“, erinnerte sich Rosa Meyer-Leviné. „Türen wurden weit aufgerissen, er erschien,

Bois: Hermann Weber und die Stalinisierung des deutschen Kommunismus. Eine Rezeptionsgeschichte, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2018, S. 143–162.

64 Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 350 f.

65 Siehe zu dieser Entwicklung: Bois, Kommunisten gegen Hitler und Stalin, S. 94.

66 Ulrich Eumann: „Kameraden vom roten Tuch“. Die Weimarer KPD aus der Perspektive ehemaliger Mitglieder, in: Archiv für die Geschichte des Widerstands und der Arbeit 16 (2001), S. 97–164, hier S. 146.

67 Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 170.

68 Bois, Kommunisten gegen Hitler und Stalin, S. 231 f.

69 Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 225, Anm. 203.

im Schlepptau sein Gefolge von treuen ‚Untergebenen‘ – ein König mit seinen Untertanen.“ Zumindest zu dieser Zeit führte dieser Auftritt noch zu Irritationen: „Jeder blickte verlegen drein, auch Thälmann selber, der an das Protokoll noch nicht gewöhnt war.“⁷⁰

Die Delegierten

Beim Blick auf die Delegierten der verschiedenen Parteitage fällt zunächst einmal auf, dass ihre Zahl bei sozialdemokratischen Kongressen etwa doppelt so hoch war wie bei den entsprechenden Versammlungen von USPD und KPD. So nahmen in der Regel an SPD-Parteitagen zwischen 350 und 450 Genossinnen und Genossen teil, bei denen der beiden anderen Arbeiterparteien jeweils nur knapp 200 Personen. Bezieht man in die Betrachtung jedoch die Relation von Delegierten zu Parteimitgliedern ein, so ergibt sich ein völlig anderes Bild. Beim Görlitzer Parteitag der SPD von 1921 repräsentierte ein Delegierter durchschnittlich 4332 Mitglieder. Bei Kommunisten und Unabhängigen war die Parteibasis dagegen deutlich besser vertreten. So stand bei der USPD ein Delegierter für 1660 Mitglieder (Berlin 1919), bei der KPD für 1868 Mitglieder (Jena 1921).

Doch wer waren diese Delegierten? In allen drei Parteien wurde der größte Teil von ihnen aus den Bezirken entsandt. Hinzu kamen Mitglieder der Parteiführung, der Reichstagsfraktion, des Partei- bzw. Zentralausschusses und der Kontrollkommission. Auf KPD-Parteitagen waren zudem Vertreterinnen und Vertreter der Jugend und Leiterinnen und Leiter einzelner Parteiabteilungen stimmberechtigt. An sozialdemokratischen Kongressen nahmen zudem Vertreterinnen und Vertreter parteinaher Organisationen wie der Arbeiterwohlfahrt oder der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer als nicht stimmberechtigte Gäste teil, ebenso Redakteurinnen und Redakteure verschiedener Parteizeitungen.

In einigen Protokollen sind Namenslisten der Delegierten abgedruckt. Genauere Untersuchungen zu ihrer Sozialstruktur liegen bislang allerdings nicht vor. Auch für diesen Aufsatz konnte eine solche Analyse nicht geleistet werden. Jedoch lassen sich zumindest einige Aspekte festhalten. So wissen wir beispielsweise vom KPD-Parteitag des Jahres 1924, dass die Teilnehmenden relativ jung waren. An die Delegierten wurde ein Fragebogen ausgeteilt, den 118 von ihnen

70 Rosa Meyer-Leviné: *Erinnerungen einer Kommunistin in Deutschland 1920–1933*, Frankfurt a. M. 1982, S. 186.

ausfüllten. Von den Personen aus diesem Sample waren knapp 35 Prozent maximal 30 Jahre alt, mehr als die Hälfte entstammte der Alterskohorte der 31- bis 40-jährigen. Nur ein Delegierter war älter als 50 Jahre.⁷¹ Die Zahlen erscheinen nicht unrealistisch, da es sich um die Phase der „ultralinken“ Parteiführung handelte, die eher von Jüngeren getragen wurde. Gleichwohl ist hier unklar, wie repräsentativ die Befragung war. Möglicherweise haben vor allem die Älteren die Auskunft verweigert.

Zudem fällt auf, dass bestimmte Personengruppen nicht entsprechend ihrer Stärke in der Partei auf den Kongressen vertreten waren. Hier sind beispielsweise Frauen zu nennen. Die Linke der Weimarer Republik setzte sich zwar für die Gleichberechtigung der Frauen ein und die KPD erhob „in der Geschlechterfrage“ sogar „die radikalsten Gleichheitsforderungen aller Parteien“.⁷² Trotzdem waren Frauen in den Organisationen der Arbeiterbewegung – wie im gesamten politischen System der Weimarer Republik – unterrepräsentiert. In der SPD erreichte ihr Anteil im Jahr 1930 mit 23 Prozent ihren Höhepunkt.⁷³ Derweil machte er in der KPD zu keinem Zeitpunkt mehr als 17 Prozent aus.⁷⁴ Doch der Frauenanteil bei Parteitag lag in der Regel noch unter diesen sehr niedrigen Zahlen. Eine der höchsten Quoten erreichte der Heidelberger Parteitag der SPD von 1925. Dort waren 52 der 398 Delegierten Frauen, was einem Anteil von 13 Prozent entsprach.⁷⁵

Hier spiegelten sich offenbar strukturelle Probleme der Parteien wider. Für die KPD beispielsweise berichtete Klaus-Michael Mallmann von „seltsam tief zerklüfteten Geschlechterbeziehungen“.⁷⁶ Wenn eine Genossin beim Karlsruher Parteitag 1920 einen „Gegensatz zwischen Männern und Frauen“ beklagte, „der für unsere Parteiarbeit hindernd ist“, dann deutete sie in eine ähnliche Richtung.⁷⁷ Gleichwohl unternahmen die Parteien Maßnahmen, um Frauen in den eigenen

71 Bericht IX. Parteitag KPD 1924, S. 399.

72 Mallmann, *Kommunisten*, S. 131. Zur kommunistischen Frauenpolitik siehe: Silvia Kontos: *Die Partei kämpft wie ein Mann. Frauenpolitik der KPD in der Weimarer Republik*, Basel 1979.

73 Adelheid von Saldern: *Modernization as Challenge. Perceptions and Reactions of German Social Democratic Women*, in: Helmut Gruber/Pamela Graves (Hrsg.): *Women and Socialism / Socialism and Women. Europe between the two World Wars*, New York/Oxford 1998, S. 95–134, hier S. 97.

74 Mallmann, *Kommunisten*, S. 131.

75 Sozialdemokratischer Parteitag 1925, S. 224 f.

76 Mallmann, *Kommunisten*, S. 139.

77 Bericht 3. Parteitag KPD 1920, S. 62.

Reihen zu stärken. Im Jahr 1930 beschloss beispielsweise die KPD-führung, dass ein Drittel aller Mandate der Bezirksparteitage weiblichen Mitgliedern vorbehalten sein müsse. Ähnliches galt ab 1932 auch für die Bezirksleitungen.⁷⁸ Die SPD erleichterte es Frauen schon 1925, Teil der Parteiführung zu werden.⁷⁹ Nicht zuletzt nahmen die Arbeiterparteien die Tradition der Vorkriegssozialdemokratie auf und veranstalteten oftmals einen Tag vor oder einen Tag nach dem Kongress am selben Ort gesonderte Frauenkonferenzen.⁸⁰

Eine weitere Gruppe, die neben Frauen auf den Parteitagen unterrepräsentiert gewesen zu sein scheint, waren die „einfachen“ Parteimitglieder. Oder anders formuliert: Die Gruppe der (mehrheitlich männlichen) Funktionäre besaß wahrscheinlich ein personales Übergewicht auf den Kongressen. Für diese Hypothese spricht nicht nur, dass sie allein schon qua Amt (Parteiführung, Abgeordnete etc.) einen signifikanten Anteil der Delegierten stellten. Auch strukturelle Aspekte deuten in diese Richtung. Sozialdemokratische Versammlungen begannen in der Regel sonntags und endeten freitags. Die Hälfte der USPD-Parteitage folgte ebenfalls diesem Rhythmus. Kommunistische Zusammenkünfte begannen eher „unter der Woche“, nämlich fünf Mal an einem Montag und drei Mal an einem Mittwoch. In allen Parteien fand also zumindest ein Teil der Sitzungen an Werktagen statt. Diese Tatsache erschwerte zweifellos jenen Delegierten die Teilnahme, die „normale“ Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer waren. Zukünftige Analysen zur Sozialstruktur der Teilnehmerschaft der Parteitage müssten also auch untersuchen, inwiefern sich diese Tatsache auf die soziale Zusammensetzung der Delegierten aus den Bezirken auswirkte.

Rituale und Inszenierungen

Parteitage der Arbeiterparteien folgten stets einer bestimmten Choreografie. Nach der Begrüßung fand die Konstituierung der Versammlung statt. Die Delegierten wählten ein Parteitagspräsidium sowie eine Mandatsprüfungskommission, ferner legten sie die Geschäfts- und Tagesordnung fest. Der inhaltliche Teil wurde meist durch einen Bericht der Parteiführung eingeleitet, zumindest bei der

78 Mallmann, *Kommunisten*, S. 138.

79 von Saldern, *Modernization*, S. 97.

80 Zu nennen sind beispielsweise mehrere SPD-Parteitage, die Kongresse der USPD in den Jahren 1919 (Leipzig) und 1922 sowie der Vereinigungsparteitag zwischen KPD und USPD-Linker.

Sozialdemokratie folgte auch ein Bericht der Reichstagsfraktion. Großen Raum nahmen dann die Aussprachen zu inhaltlichen Fragen ein und die Abstimmungen zu den zahlreichen eingebrachten Anträgen. Am Ende des Parteitags stand häufig die Neuwahl der Parteiführung. Mit einem Schlusswort, das ein Vertreter des Vorstands oder des Parteitagspräsidiums hielt, endete die Tagung.

In diese Abläufe eingebettet waren verschiedene Rituale und Inszenierungen. Die Begrüßung der Versammlung übernahm meist ein Vertreter oder eine Vertreterin der gastgebenden Parteigliederung – beispielsweise beim USPD-Parteitag im Jahr 1919 „der alte Veteran der Berliner Arbeiterbewegung“, der 71-jährige Fritz Zubeil, der zu diesem Zeitpunkt auf fast fünf Jahrzehnte der Mitgliedschaft in sozialistischen Parteien zurückblicken konnte.⁸¹ Beim sozialdemokratischen Kongress in Magdeburg (1929) trug der ortsansässige Schauspieler Rudolf Blaeß einen Prolog vor.⁸² Hinzu kam zumeist die Einleitung durch „schwungvoll vorgetragene musikalische Darbietungen“, wie es im Protokoll des SPD-Parteitags in Kiel von 1927 hieß.⁸³ Orchester und Arbeiterchöre trugen einige Lieder vor oder die Teilnehmenden sangen selbst, etwa beim KPD-Parteitag in Jena 1921, wo sie „unter Orgelbegleitung“ die „Internationale“ zum Besten gaben.⁸⁴

Einzelne Parteitagseröffnungen wurden überaus spektakulär inszeniert, etwa unter Einbeziehung der Bevölkerung der gastgebenden Stadt. So erinnerte sich der badische Sozialdemokrat Wilhelm Engler daran, dass der Leipziger Kongress von 1931 „mit einer mächtigen Kundgebung der sächsischen Arbeiterschaft eingeleitet“ wurde.⁸⁵ Ähnliches weiß Wilhelm Dittmann zu berichten. Am Nachmittag des Eröffnungssonntags dieses Parteitags sei „ein riesiger Demonstrationzug mit roten Fahnen und zahlreichen Musikkapellen“ durch die Innenstadt gezogen, „ein Menschenmeer von rund 160 000 Köpfen, zusammengeströmt aus Leipzig und seiner Umgebung sowie aus dem Vogtland, dem Erzgebirge und der Lausitz“. Im Anschluss an die Eröffnungssitzung im Volkshaus seien die Delegierten erneut aufmarschiert: „In den Abendstunden zog ein Fackelzug von

81 USPD, Protokoll Berlin 1919, S. 38.

82 Protokoll Sozialdemokratischer Parteitag Magdeburg 1929 vom 26. bis 31. Mai in der Stadthalle, Berlin 1929, S. 7.

83 Sozialdemokratischer Parteitag 1927, S. 5.

84 Bericht 2. [7.] Parteitag KPD 1921, S. 142.

85 Wilhelm Engler: Freiburg, Baden und das Reich. Lebenserinnerungen eines südwestdeutschen Sozialdemokraten, 1873–1938, bearbeitet von Reinhold Zumtobel, hrsg. und eingeleitet von Wolfgang Hug, Stuttgart 1991, S. 215.

10 000 Fackeln vorbei am Volkshause, ein Flammenmeer in der abendlichen Finsternis der Straßen und ein leuchtendes Symbol des Sozialismus“.⁸⁶

Auch die Kommunistinnen und Kommunisten gingen in der späteren Weimarer Republik dazu über, am ersten Tag regelrechte Begrüßungsfeiern abzuhalten. Im Jahr 1925 wurden die Delegierten sogar in eine extra anlässlich des Parteitags aufgeführte Show im Großen Schauspielhaus von Berlin eingeladen. In Anlehnung an Karl Liebkechts Schrift „Trotz alledem!“ inszenierte hier Regisseur Erwin Piscator eine aufwändige Revue mit 200 Mitwirkenden, die zentrale Ereignisse vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Ermordung Luxemburgs und Liebkechts nachzeichnete.⁸⁷ Der Komponist Edmund Meisel sorgte für die musikalische Begleitung, John Heartfield gestaltete das Bühnenbild.

Musikalisch endeten sowohl sozialdemokratische als auch kommunistischen Parteitage. Doch in der Liedauswahl drückte sich durchaus die Spaltung der beiden Parteien aus. Obwohl die im Jahr 1871 gedichtete und 1888 vertonte „Internationale“ zum gemeinsamen Erbe gehörte, verzichtete Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten darauf, sie auf ihren Parteitag an zustimmen. Stattdessen beschlossen sie die Kongresse mit „dreimaligem Hochruf“ und dem „kraftvollen Singen des Sozialistenmarsches“ von 1891.⁸⁸ Vor allem beim Nürnberger Vereinigungsparteitag mit dem rechten USPD-Flügel erhielt dessen erste Zeile „Auf Sozialisten, schließt die Reihen!“ eine besondere Symbolik.⁸⁹ Derweil konnte bei der KPD die „Internationale“ gar nicht oft genug gesungen werden. Allein das Protokoll des Parteitages in Essen (1927) weist acht Stellen auf, an denen das Lied angestimmt wurde.⁹⁰ Dadurch, dass es zur Nationalhymne der jungen Sowjetunion geworden war, hatte die kommunistische Bewegung es gewissermaßen annektiert. Dieser Zusammenhang wurde beispielsweise 1921 beim Parteitag in Jena deutlich, den Wilhelm Pieck mit den Worten schloss: „Es lebe die Kommunistische Partei Deutschlands, die Kommunistische Internationale, die Weltrevolution!“ Die Delegierten stimmen daraufhin „begeistert in

86 Dittmann, *Erinnerungen*, S. 968.

87 Hans-Jörg Grell: Erwin Piscator 1893–1966. Stationen seines Lebens – Stichworte zu Werk und Wirkung, in: Ulrich Amlung (Hrsg.): „Leben – ist immer ein Anfang!“ Erwin Piscator 1893–1966. Der Regisseur des politischen Theaters, Marburg 1993, S. 11–33, hier S. 18.

88 Sozialdemokratischer Parteitag 1925, S. 300.

89 Protokoll der Sozialdemokratischen Parteitage in Augsburg, Gera und Nürnberg 1922, Berlin 1923, S. 200.

90 Eumann, *Eigenwillige Kohorten*, S. 188.

das Hoch ein“ und sangen anschließend die „Internationale“.⁹¹ Darüber hinaus eignete sich das Lied offenbar „ausgezeichnet zur Inszenierung eines bestimmten (Selbst-)Bildes von der Partei gerade in den Zeiten der Stabilisierung des Kapitalismus, in denen das ‚letzte Gefecht‘ vorerst abgesagt war, und man sich gegenseitig vergewissern wollte, dass es nur aufgeschoben war“, schreibt Ulrich Eumann. „Es half, ein Gefühl der Geschlossenheit zu erzeugen, und damit, die alltäglichen Auseinandersetzungen in der Partei einmal für kurze Zeit zu vergessen.“⁹²

Institutionalisierter Internationalismus

Die Teilnahme von ausländischen Gästen an Parteitag besaß in der sozialistischen Arbeiterbewegung eine lange Tradition. „Sie demonstrierte in deutlicher Abgrenzung zum Bürgertum den internationalen Charakter der sozialistischen Idee“, urteilt Joachim Schröder, der diesen Besuchen eine „hohe symbolische Funktion“ zuschreibt. „Die ausländischen Teilnehmer, die zumeist Grußworte und Solidaritätsadressen ihrer eigenen Partei überbrachten, versinnbildlichten sowohl den Teilnehmern des Kongresses wie den Parteimitgliedern, dass sie Teil einer weltumspannenden Bewegung waren.“ Zugleich hätten ausländische Gäste den Delegierten durch ihre Berichte vor Augen geführt, „wie ähnlich ihre eigenen Probleme denen ihrer ‚Klassengenossen‘ im Nachbarland waren“.⁹³

Schon vor dem Ersten Weltkrieg war es regelmäßig zu solchen Besuchen gekommen. In der Weimarer Republik griffen alle drei linken Parteien diese Tradition wieder auf. So wohnte beispielsweise der Austromarxist Friedrich Adler dem USPD-Parteitag Ende des Jahres 1919 bei, im August 1921 und im Januar 1923 nahm der Bulgare Wassil Kolarow als Vertreter des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale an der KPD-Konferenz teil und sowohl 1929 als auch 1931 besuchte der russische Menschewik Fjodor Dan die Zusammenkunft der SPD. Von besonderer Symbolkraft war die Anwesenheit des Marx-Enkels Jean Longuet beim USPD-Parteitag in Halle, handelte es sich doch um den ersten öffentlichen Auftritt eines französischen Politikers in Deutschland nach Ende des Ersten Weltkriegs. „Ich habe es als eine sehr große

91 Bericht 2. [7.] Parteitag KPD 1921, S. 407. Siehe auch Bericht IX. Parteitag KPD 1924, S. 360.

92 Eumann, *Eigenwillige Kohorten*, S. 188.

93 Joachim Schröder: *Internationalismus nach dem Krieg. Die Beziehungen zwischen deutschen und französischen Kommunisten 1918–1923*, Essen 2008, S. 121.

Ehre empfunden, dass ich – zum ersten Mal seit der tragischen Zeit, die wir von 1914 bis 1918 durchlebt haben – bei einer Versammlung deutscher Sozialisten als Repräsentant des französischen Sozialismus das Wort ergreifen durfte“, schrieb auch er selbst.⁹⁴

Insgesamt lassen sich in den meisten Parteitageprotokollen Belege für ausländische Besucher finden, deren Zahl fast immer zwischen fünf und zehn lag. Die Gäste stammten meist aus unmittelbaren Nachbarländern wie Frankreich, den Niederlanden, Österreich oder der Tschechoslowakei. Auch russische Sozialisten und Kommunisten nahmen regelmäßig an deutschen Parteitag teil, vor allem natürlich an denen der KPD. Gelegentlich waren aber auch weitgereiste Genossinnen und Genossen anwesend, etwa ein australischer Kommunist (KPD-Parteitag 1921) oder ein Vertreter aus Palästina (SPD-Parteitag 1931).

Nur selten griffen die Ausländer aber so unmittelbar in die Debatten eines Parteitags ein, wie es Sinowjew und Martow in Halle taten. Und ebenso selten wurde ihnen ein wütendes „Hau ab! Geh nach Moskau!“ entgegengeschleudert, wie es dem Komintern-Vertreter Dimitri Manuilski auf dem umkämpften KPD-Parteitag im Juli 1925 widerfuhr.⁹⁵ Meist wurden die Gäste freundlich begrüßt und beschränkten sich darauf, Grußbotschaften ihrer Parteien zu übermitteln. Häufig richteten sie diese Grüße auf Deutsch aus, gelegentlich wurde – wie bei der Ansprache der Vertreterin der Labour Party und des Vertreters der belgischen Bruderpartei beim SPD-Parteitag 1924 – eine Dolmetscherin oder ein Dolmetscher benötigt.⁹⁶ Neben den persönlich überbrachten Grußbotschaften wurden auf den Parteitag Telegramme und Solidaritätsbekundungen von Parteien und Arbeiterorganisationen aus aller Welt verlesen, deren Vertreterinnen und Vertreter nicht anwesend waren. So erhielt die SPD beispielsweise Nachrichten der Sozialistischen Partei Georgiens, der zionistisch-sozialistischen Organisation Poale Zion und der estländischen Sozialdemokratie. Die KPD wurde derweil 1927 per Telegramm von den kommunistischen Parteien Dänemarks, der USA und Italiens „brüderlich“ begrüßt. Aber auch Gruppen wie der Weltbund proletarischer Esperantisten oder die politischen Gefangenen eines Zuchthauses in Warschau taten ihre Solidarität kund und wünschten „der Arbeit vollen Erfolg“.⁹⁷

94 *L'Humanité*, 25. 10. 1920, zit. nach ebenda, S. 128.

95 Weber, *Wandlung*, Bd. 1, S. 117.

96 Sozialdemokratischer Parteitag 1924, S. 52–55.

97 Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Essen vom 2. bis 7. März 1927, hrsg.

Gelegentlich waren solche Schreiben mehr als reine Grußadressen. So intervenierte beispielsweise Lenin im Jahr 1921 mit einem langen Brief in die innerparteilichen Diskussionen der KPD, der auf dem Parteitag vorgelesen wurde.⁹⁸ Umgekehrt sandten die Delegierten aber auch Schreiben mit politischen Botschaften an andere Organisationen. Der KPD-Parteitag 1924 nahm beispielsweise einstimmig den Antrag an, „unsere französische Bruderpartei“ auf „die sich anbahnende Diktatur der Schwerindustrie und des Faschismus in Frankreich“ hinzuweisen. „Die Fehler der deutschen Partei dürfen in Frankreich nicht wiederholt werden. Die KPF und die französischen Arbeiter müssen für die bevorstehenden Kämpfe mobilisiert werden.“⁹⁹ Mit solcherlei Praktiken schlossen die Akteurinnen und Akteure der deutschen Arbeiterparteien an die Tradition der Vorkriegs-Internationale an. Auch diese hatte um 1900 damit begonnen, Sympathie- und Protestschreiben zu versenden. Zudem wurden auf den Kongressen ebenfalls regelmäßig Grußtelegramme verlesen. Für Callahan diente dies der Internationale als „Mechanismus der externen Bestätigung“.¹⁰⁰

Eine besondere Art des Grußes überbrachte Clara Zetkin dem KPD-Parteitag in Leipzig (1923). Aus der Sowjetunion hatte sie zwei Fahnen mitgebracht. Unter „lebhaft[e] Beifall“ erklärte sie, dass die eine vom Petersburger Sowjet stamme und mit „herzlichen Grüßen“ an die Arbeiterinnen und Arbeiter ginge, „die in der Kommunistischen Partei Leipzigs organisiert sind“. Die westsächsische Delegierte, die die Fahne in Empfang nahm, gelobte daraufhin, „treu mitzukämpfen in dem Kampfe des Weltproletariats um die Weltrevolution“. Das andere Banner war ein Geschenk der Arbeiter einer „wichtigen mechanischen Fabrik in Moskau“ für die „revolutionäre Arbeiterschaft Hamburgs“. Es trug die Inschrift „Ihr mit uns, wir mit Euch zum Sieg der Weltrevolution“, darunter: „Einzelne sind wir nichts, vereinigt alles!“ Auch der Genosse aus der Elbmetropole legte bei der Übergabe ein Gelöbnis ab, „dafür zu sorgen, daß die Hamburger revolutionäre Arbeiterschaft die Aufgabe, die ihr gestellt ist, restlos erfüllt.“¹⁰¹

vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin 1927, S. 116 f., 156, 322 f.

98 Bericht 2. [7.] Parteitag KPD 1921, S. 155.

99 Bericht IX. Parteitag KPD 1924, S. 340.

100 Callahan, *Demonstration Culture*, S. 156 („mechanism of external validation“). Zu internationalistischen Grußbotschaften aus der frühen Sowjetunion siehe Gleb J. Albert: *Das Charisma der Weltrevolution. Revolutionärer Internationalismus in der frühen Sowjetgesellschaft 1917–1927*, Köln/Weimar/Wien 2017, S. 234–256.

101 Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Leipzig

Bei späteren Parteitag brachten die Delegierten die „enge Gemeinschaft, die uns mit der russischen Bruderpartei und der Komintern verbindet“¹⁰² auf andere Art zum Ausdruck, die sie aus der zunehmend stalinisierten Sowjetunion übernahmen. Sie wählten ein „Ehrenpräsidium“, dem prominente ausländische Kommunisten angehörten. In Essen im März 1927 waren dies beispielsweise Stalin, Bucharin, Rykow, Tomkin und der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Chinas.¹⁰³ Der Weddinger Parteitag im Sommer 1929 bestimmte ebenfalls ein „Ehrenpräsidium“. Den Vorschlag des Zentralkomitees, Stalin aufzunehmen, nahmen die Delegierten angeblich mit „Bravo und langanhaltende[m], stürmische[m] Beifall“ auf.¹⁰⁴

Fazit

Die Parteitage von SPD, USPD und KPD in der Weimarer Republik waren Orte der politischen Willensbildung, der Selbstversicherung und der performativen Selbstdarstellung. Hier wurden wichtige Entscheidungen getroffen, innerparteiliche Konflikte ausgetragen und zugleich nach außen hin Geschlossenheit zur Schau gestellt. Schon im 19. Jahrhundert hatte die Sozialdemokratie derartige Kongresse abgehalten. An dieser Tradition knüpften die drei Arbeiterparteien in den 1920er-Jahren auf vielfältige Weise an: Sie behielten zunächst den Tagungsrhythmus bei und zumindest die SPD blieb sich auch darin treu, jeden Parteitag an einem anderen Ort abzuhalten. Auch Rituale aus der Zeit des Kaiserreichs wurden fortgesetzt. So sangen die Delegierten klassische Lieder der Arbeiterbewegung. Durch den Auftritt von Parteiveteranen erinnerten sie ebenso an die Zeit vor 1914 wie durch Hinweise auf die Historie des jeweiligen Tagungsorts. Nicht zuletzt hielten alle drei Parteien den Internationalismus ihrer Bewegung aufrecht, indem sie stets ausländische Gäste einluden, Grußbotschaften verlasen oder auch selbst verfassten. Die KPD war bei der Inszenierung ihrer Parteitage zugleich von der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale geprägt. Dies wurde etwa in der Auswahl der ausländischen Gäste und den empfangenen

vom 28. Januar bis 1. Februar 1923, hrsg. von der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin [1923], S. 183.

102 Protokoll 12. Parteitag KPD 1929, S. 12.

103 Bericht XI. Parteitag KPD 1927, S. 11.

104 Protokoll 12. Parteitag KPD 1929, S. 12

Grußbotschaften deutlich. Auch Fahngeschenke, entsprechende Hochrufe und das Singen der „Internationale“ zeigten die besondere Verbundenheit.

In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg glichen Parteitage oftmals „Werbeveranstaltungen für die Parteiführer“.¹⁰⁵ Dies galt keineswegs für die Kongresse der Parteien der Arbeiterbewegung in der ersten Hälfte der Weimarer Republik. Die Delegierten besaßen umfangreiche Möglichkeiten, an den Debatten teilzuhaben. Allein schon dadurch, dass die Kongresse oftmals fünf oder mehr Tage andauerten, gab es ausreichend Zeit zum Diskutieren und für informelle Gespräche. Gleichwohl waren bestimmte Gruppen hier unterrepräsentiert. Dies gilt in erster Linie für Frauen. Auch ist davon auszugehen, dass es einen Überhang an Funktionären bei den Parteitagen gab.

In der zweiten Hälfte der 1920er-Jahre durchliefen SPD und KPD – auf unterschiedliche Weise und in unterschiedlicher Intensität – Entdemokratisierungs- und Bürokratisierungsprozesse. Dies machte sich nun auch auf den Parteitagen bemerkbar, wo vor allem in der kommunistischen Partei oppositionelle Stimmen kaum noch repräsentiert waren. Auch spiegelt sich dieser Prozess darin wider, dass immer weniger Kongresse abgehalten wurden. Der Leipziger Parteitag der SPD von 1931 war der letzte seiner Art in der Weimarer Republik. Danach sollte es bis 1946 dauern, bis sozialdemokratische und kommunistische Parteimitglieder sich in Deutschland wieder offen versammeln konnten.

105 Jürgen Dittberner: Die Rolle der Parteitage im Prozess der innerparteilichen Willensbildung, in: Politische Vierteljahrsschrift 11 (1970), S. 236–268, hier S. 240.

Tabelle 1: Parteitage der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik

| | SPD | USPD | KPD |
|--|--|---|---|
| Entstehungs- und erste Krisenjahre (1918–1923) | 1919 10.–15. Juni Weimar | 1919 2.–6. März Berlin | 1918/19 30. Dez. – 1. Januar Berlin Parteigründung |
| | | 1919 30. November – 6. Dezember Leipzig | 1919 20.–24. Oktober Heidelberg und Umgebung |
| | | | 1920 25./26. Februar Karlsruhe und Durlach |
| | 1920 10.–16. Oktober Kassel | 1920 12.–17. Oktober Halle „Spaltungsparteitag“ | 1920 1.–3. November Berlin |
| | | 1920 3. Dezember Berlin USPD-Linke | 1920 3. Dezember Berlin |
| | | 1920 4.–7. Dezember Berlin Vereinigungsparteitag USPD-Linke/KPD | |
| | 1921 18.–24. September Görlitz | | 1921 22.–26. August Jena |
| | | 1922 8.–12. Januar Leipzig | |
| | 1922 17.–23. September Augsburg | 1922 20.–23. September Gera | |
| | 1922 24. September Nürnberg Einigungsparteitag USPD-Rechte/SPD | | |

| | SPD | USPD | KPD |
|--|---|---------------------------------------|--|
| Entstehungs- und erste Krisenjahre (1918–1923) | | 1923 30. März – 2. April Berlin | 1923 28. Januar – 1. Februar Leipzig |
| Phase der relativen Stabilität (1924–1929) | 1924 11.–14. Juni Berlin | 1924 März Eisenach | 1924 7.–10. April Frankfurt am Main und Offenbach |
| | 1925 13.–18. September Heidelberg | 1926 2.–5. Januar Leipzig | 1925 12.–17. Juli Berlin |
| | 1927 22.–27. Mai Kiel | | 1927 2.–7. März Essen |
| | 1929 26.–31. Mai Magdeburg | | 1929 8.–15. Juni Berlin-Wedding |
| Jahre der Auflösung der Republik (1930–1933) | 1931 31. Mai – 5. Juni Leipzig | | |